N i e d e r s c h r i f t N r . 1 2

**über die öffentliche und nichtöffentliche
Sitzung des Unterausschusses
„Kinderspielplätze“ der Stadt Rheine
am 29. Januar 2007**

Anwesend als Vorsitzender:

RM Bögge

Anwesend als stimmberechtigte Mitglieder:

RM Brachmann
RM Roloff
SB Bietmann
AM Egelkamp

Anwesend mit beratender Stimme:

RM Mau
AM Grotschulte

Anwesend von der Verwaltung:

Frau Schumann
Herr Neesen
Herr Neuber
Herr Düvel
Herr Schöpfer
Herr Neumann – Schriftführer

Herr Bögge eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.

Es wird vereinbart, die Sitzung um einen nichtöffentlichen Teil zu erweitern und dort den Tagesordnungspunkt 6 „Situation Bolzplatz Ochtruper Straße“ zu beraten.

Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

1. Niederschrift über die Sitzung des Unterausschusses „Kinderspielplätze“ Nr. 11 am 30. Oktober 2006

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift werden keine Bedenken erhoben, sie gilt somit als genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung

Berichterstatter: Herr Neumann

• Aufgabe von Kinderspielplätzen

Nach den in den vergangenen Jahren beschlossenen Standortschließungen werden für 2007 zunächst die Verkaufserlöse für die Spielplätze Flensburger Straße sowie Windmühlenstraße/Alte Hopstener Straße in Höhe von 142.000,00 € erwartet. Diese sind, wie aus der Übersicht über die Finanzmittel hervorgeht, auf 3 Jahre verteilt zusätzlich für Renovierungen und Neuanlagen vorgesehen.

Ein weiterer Verkauf eines bereits vor über 10 Jahren aufgegebenen Spielplatzes am Rodder Damm/Meisenstraße steht möglicherweise an: Es ist vorgesehen, den Bebauungsplan am Rodder Damm zu ändern und das Grundstück als Gewerbefläche zu verkaufen.

Herr Mau merkt dazu an, dass die Einnahmen für Gewerbeflächen deutlich geringer seien als für Wohnbauzwecke (etwa im Verhältnis 150 € zu 18 €), und hält diesen Verkauf daher eher für eine insgesamt ungünstige Lösung für die Stadt Rheine.

Es besteht Einvernehmen, dass über diese Thematik im Zuge des Bebauungsplanänderungsverfahrens weiter beraten werden soll.

Weitere Nachfragen aus der Bürgerschaft gibt es für folgende Plätze:

➤ Laugestraße/Schützenstraße

Dieser Spielplatz existiert noch und soll aus der Sicht der Verwaltung und nach der Beschlusslage des Unterausschusses auch bestehen bleiben, bis im Bereich zwischen Aloysiusstraße und Kopernikusstraße ein Bebauungsplan mit weiterer Bebauung folgen wird.

➤ Der Spielplatz Johannes-Brahms-Weg wurde vorübergehend stillgelegt und soll ggf. reaktiviert werden. Auch hier besteht kein Handlungsbedarf.

➤ Der Spielplatz „Auf dem Hügel“ kann nicht aufgegeben werden, da er zur Erfüllung der privaten Spielplatzpflicht für die Bebauung auf dem Thie notwendig ist. Herr Bögge weist zunächst auf den aktuell sehr schlechten Pflegezustand hin und bittet die Verwaltung, hier kurzfristig für Abhilfe zu sorgen. Wenn der Spielplatz zur Erfüllung der privaten Spielplatzpflicht notwendig sein, müsse geprüft werden, ob nicht die Anliegergemeinschaft für dessen Pflege verantwortlich gemacht werden können.

Die jetzige Situation wird als insgesamt sehr unbefriedigend angesehen. Die Verwaltung wird daher beauftragt, noch einmal zu prüfen, ob die Spielplatzpflicht nicht doch ersatzweise auf dem Spielplatz am Falkenhof erfüllt werden kann.

➤ Der Verwaltung liegt die Anfrage eines Anliegers des Spielplatzes am Akazienweg in Hauenhorst vor, der den westlichen Grünstreifen zur Anlegung einer rückwärtigen Zufahrt für sein Grundstück ankaufen will.

Aus der Sicht der Verwaltung bestehen gegen den Verkauf keine Bedenken, da der Spielplatz nach Verkleinerung mit einer Größe von über 1.000 m² in voller Funktion erhalten bleibt. Aus dem Ausschuss werden jedoch folgende Einwände vorgetragen:

1. Eine Zuwegung auf das rückwärtige Grundstück sei auch von der Straßenseite dieses Anliegers möglich.
2. Der infrage kommende Bereich des Spielplatzes ist als Abstandsfläche zur Wohnbebauung bepflanzt. Hier gilt es zu klären, ob die Rodung der Fläche überhaupt zulässig ist.

- Mit dem TV Jahn hat ein erstes Planungsgespräch über die Idee des Bewegungsspielplatzes stattgefunden.

Der TV Jahn hat großes Interesse an diesem Projekt. Die im Unterausschuss gestellte Bedingung, dass der Bereich ohne Eintrittsgeld zugänglich sein müsse, könne erfüllt werden. Probleme gibt es aus der Sicht der Verwaltung noch mit der Auswahl der Fläche. Hier wird der Ausschuss jedoch zu gegebener Zeit über die Entwicklung weiter informiert werden.

- Die Anfrage im Unterausschuss, ob auf dem Gelände der ehemaligen Wohncontaineranlage in Wadelheim ein Bolzplatz eingerichtet werden kann, wurde von der Verwaltung dahin gehend beantwortet, dass die derzeitigen Planungen dort Wohnbebauung vorsehen.
- Die Stellungnahmen zu den Bebauungsplänen wurden dem Fachbereich Planen und Bauen/Stadtplanung mitgeteilt.
- Der Auftrag des Unterausschusses, den verkleinerten Spielplatz Stienkamp möglichst mit einem Bebauungsplan abzusichern, birgt aus der Sicht der Verwaltung folgende Probleme:

1. Die Umwandlung wäre letztlich nicht ohne die Zustimmung des Eigentümers zu realisieren.
2. Im Falle der planungsrechtlichen Absicherung wäre es dann sicher notwendig, das Grundstück auch zu kaufen, um die Verfügung darüber zu erlangen.

Die Ausschussmitglieder halten es unter diesen Rahmenbedingungen für notwendig, den Platz vor einer Entscheidung über die Renovierung durch einen langfristigen Pachtvertrag zu sichern. Eine Pachtdauer von 15 Jahren, die der erwarteten Standzeit der neu anzuschaffenden Geräte entspricht, wird daher für angemessen erachtet.

- Der provisorisch einzurichtende Spielplatz im Baugebiet „Hilgenfeld“ ist mit dem Stadtteilbeirat und den Bürgern abgesprochen worden. Die Erdarbeiten sind erledigt, die Geräte werden in Kürze aufgestellt, sodass der Spielplatz zum Frühjahr in Betrieb gehen kann.

3. Projektplanung 2007 – Neuanlagen und Renovierungen

Herr Bögge verweist zunächst auf die Tatsache, dass die in der Vorlage noch ausgewiesenen Mittel in Höhe von 50.000,00 € für Beschäftigungsprojekte im Haushaltsentwurf des Jugendhilfeausschusses für das Budget 2105 nicht mehr vorhanden sind. Er fragt nach, wann über diese Position beraten wurde und wie es zu dieser Differenz gekommen sei.

Herr Schöpfer führt dazu aus, dass dieser Ansatz seit Jahren im Finanzplan ausgewiesen war. Er habe jedoch nicht ausgereicht, um ein echtes eigenständiges Projekt ins Leben zu rufen. Es habe sich darüber hinaus gezeigt, dass es in der Praxis nicht möglich war, mit bestehenden Arbeitslosenprojekten Arbeiten auf Spielplätzen durchführen zu lassen, die den erforderlichen Sicherheitsstandards entsprachen.

Herr Bögge hält es daher für nicht möglich, in der heutigen Sitzung über die Verwendung der Haushaltsmittel eine Entscheidung zu treffen, da über diesen Punkt erst noch in der Jugendhilfeausschusssitzung beraten werden müsse und beantragt die Vertagung.

Demgegenüber steht die Auffassung, dass die zur Entscheidung anstehenden Projekte von dieser Thematik nicht tangiert werden.

Der Antrag wird mit einer Stimme bei 2 Gegenstimmen abgelehnt. Im Folgenden werden daher zu einzelnen Punkten Entscheidungen bereits getroffen, im Übrigen die vorgelegte Liste in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Im Detail wird wie folgt beraten:

- Gronauer Straße

Für diesen Spielplatz stehen Mittel aus dem städtebaulichen Vertrag zur Verfügung. Die Mittel werden im Zuge der Haushaltsplanberatungen angefordert.

Herr Neuber trägt vor, dass in dieser Sitzung bereits eine Entscheidung getroffen werden muss, ob mit den Räumungsarbeiten auf dem Spielplatz begonnen werden kann, da einige Bäume entfernt werden müssen und dies nur bis zum Beginn des Frühjahres geschehen könne.

Der Unterausschuss stimmt daher der geplanten Maßnahme zu. Über das Thema Neuanlagen wird wie folgt beraten:

- Für den Bolzplatz Sonnenstraße ist noch ein Lärmschutzgutachten erforderlich. Dieses wird in Kürze erarbeitet, sodass es keine Verzögerung mit dem Bau des Platzes geben wird.
- Die Ausschussmitglieder regen an, den Stadtteilbeirat Schotthock einzuladen, der im Unterausschuss sein Projekt „Abenteuerspielplatz Schotthock“ vorstellen soll.

Die Renovierungsliste wird im Ausschuss zur Kenntnis genommen. Es besteht Einvernehmen, dass die Liste zunächst zur Kenntnis genommen wird, da sie im

Zuge der noch anstehenden Jahreshauptinspektionen möglicherweise weiter ergänzt werden muss und die Entscheidung über eine Auswahl folgen muss.

4. Einwohnerfragestunde

Frau Brachmann bittet die Verwaltung noch einmal, darauf zu achten, dass die Sitzungstermine veröffentlicht werden, da ansonsten kaum zu erwarten sei, dass Einwohner in der Einwohnerfragestunde etwas fragen können.

5. Verschiedenes

keine Wortmeldungen

Ende der öffentlichen Sitzung